

Kern: Für erstklassige Bildungsbedingungen zu sorgen, ist eine Kernaufgabe des Staates

FDP/DVP Fraktion erhebt Forderungen, damit die Schulen nach den Sommerferien wieder vollständig und krisenfest öffnen können.

Anlässlich einer Landtagsdebatte über die Wiederöffnung der Schulen sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern**: „Ein zweitklassiges Bildungssystem kann sich unser Land nicht leisten. Schließlich gründet unser Wohlstand ganz wesentlich auf dem Fleiß, dem Einfallsreichtum und dem Können seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bringt es das Motto ‚Schulpflicht für den Staat‘ aus liberaler Sicht auf den Punkt: Wenn der Staat von den Schülern Bildungsleistungen erwartet, dann muss er auch selbst für erstklassige Bildungsbedingungen sorgen. Das ist eine der Kernaufgaben Baden-Württembergs. Unsere Schulen müssen nach Sommerferien wieder vollständig öffnen, zumindest dort, wo es der Infektionsschutz zulässt. Damit dies gelingt und die Schulöffnung krisenfest wird, fordert die FDP/DVP Fraktion:

1. **Eine Offensive zur Gewinnung von Lehrkräften, damit die Personalengpässe überbrückt werden.** Diejenigen Lehrkräfte, die aufgrund der Corona-Pandemie vom Präsenzunterricht befreit sind, müssen neben dem Fernunterricht auch in anderen Bereichen als ihren Unterrichtsfächern eingesetzt werden können, beispielsweise als Ansprechpartner für bestimmte Fachbereiche. Ein Konzept für den Personaleinsatz bleibt die Kultusministerin aber trotz Ankündigung und Aufforderung bis heute schuldig. Denkbar wäre auch, dass Lehramtsstudierende, frisch Examinierte und Referendare im Rahmen ihrer Verfügbarkeit miteinbezogen werden. Und schließlich weist der Philologenverband zu Recht auf die zahlreichen Gymnasiallehrer hin, die keine Stelle erhalten und daher befristet angestellt werden könnten. Gleichzeitig werden zahlreiche Stellen in anderen Schularten auch im kommenden Schuljahr unbesetzt bleiben und finanzielle Mittel somit vorhanden sein.
2. **Eine Unterstützung der Kommunen bei der Suche nach zusätzlichen geeigneten Räumen fürs**



Unterrichten und Lernen. Leerstehende Stadthallen sind nur ein Beispiel hierfür. Unsere Aufforderung an die Kultusministerin, wegen der Räume auf die Kommunen zuzugehen, stieß leider auf taube Ohren.

- 3. Einen Kraftakt zum Aufholen von Defiziten und Versäumnissen bei der Digitalisierung der Schulen.** Dies ist eine gesamtstaatliche Daueraufgabe, für die wir einen Digitalpakt 2.0 zwischen Bund, Ländern und Kommunen brauchen. Dazu müssten der Ministerpräsident und die Kultusministerin über ihren Schatten springen und eine Kooperation mit dem Bund nicht weiter scheuen. Die Schulen müssen schleunigst in die Lage versetzt werden, Lehrer und Schüler mit Hard- und Software für den digitalen Unterricht auszustatten. Dafür brauchen sie eine Positivliste mit datenschutz- und datensicherheitskonformen Anwendungen.“
- 4. Eine couragierte Offensive für eine Lehrerfortbildung für digitale Bildung.** In diesem Zusammenhang sollte nach unserer Auffassung über eine Fortbildungspflicht diskutiert werden – vor allem deshalb, damit das Land verpflichtet ist, für Fortbildungsangebote im notwendigen Umfang zu sorgen.“